

## **Beschluss des Landrats vom 30.10.2025**

Nr. 1381

### **16. Testbetrieb eines neuen Atomreaktors am PSI** 2025/100; Protokoll: ps

**Thomas Noack** (SP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

**Thomas Noack** (SP) dankt für die Beantwortung der Fragen, die den momentanen Handlungsspielraum gut aufzeigt. Der Redner ist dankbar, dass sich der Regierungsrat seines Auftrags gemäss Kantonsverfassung bewusst ist. Der Kanton Basel-Landschaft hat gemäss Verfassung die Pflicht, darauf hinzuwirken, dass im Kanton und in der Nachbarschaft keine neuen Atomkraftwerke entstehen. Auch wenn es sich beim Onion-Core-Reaktor am PSI nur um ein Experiment handelt, geht es doch um mehr als nur um ein Forschungsprojekt. Es geht um die Ausrichtung der Energiepolitik. Zur Erinnerung: Nach Fukushima entschied das Schweizer Stimmvolk 2017 klar, aus der Atomenergie auszusteigen. Die Energiestrategie 2050 baut seither auf die Effizienz und auf die intelligente Nutzung der vorhandenen Netze und Speicher und der erneuerbaren Energien auf. Jetzt erlebt man einen energiepolitischen Rückfall. Unter dem Deckmantel von Innovation und Forschung wird ein Mini-AKW geplant, das den Atomausstieg am Schluss unterläuft. Es wird behauptet, dass der Reaktor sicher sei, klein, modern, fast harmlos. Es handelt sich aber um eine Kernspaltung und es bleibt radioaktiver Abfall übrig sowie eine jahrhundertelange Lagerpflicht und ein Sicherheitsrisiko. Die Frage ist nicht, ob das PSI Forschung betreiben darf oder nicht, sondern, wo und mit welchem Ziel die Forschung an Technologien erfolgt, die eigentlich längstens verabschiedet wurden. Damit werden Ressourcen gebunden und die Energiewende wird schliesslich auch verzögert. Zudem wird ein falsches Signal gesetzt. Dies geschieht gerade jetzt, wo mit der Blackout-Initiative und dem Gegenvorschlag des Bundesrats wieder über die Grundrichtung der Energie-Zukunft diskutiert wird. Die Blackout-Volksinitiative behauptet, neue AKW seien nötig, um die Versorgungssicherheit zu garantieren. Das ist schlichtweg falsch. Die Versorgungssicherheit bis 2050 erreicht man nicht durch neue Reaktoren, sondern durch den konsequenten Ausbau von Solar- und Windenergie, durch Speicherlösungen, durch Lastmanagement und Netzintegration. Neue Atomprojekte, ob im Labor oder im Grossmassstab, schaffen keine Sicherheiten, sondern nur neue Abhängigkeiten, Kosten und Risiken. Sie lenken ab von den echten Lösungen, die bereits bekannt sowie wirtschaftlich und auch ökologisch sinnvoll sind. Der Regierungsrat wird deshalb aufgefordert, im Rahmen seiner verfassungsmässigen Verantwortung, beim Bund und beim ENSI darauf zu drängen, dass das PSI-Vorhaben vollständig und transparent geprüft wird und dass die betroffenen Kantone, insbesondere Basel-Landschaft, auch formell einbezogen werden. Das Signal, das gesendet wird, ist eben entscheidend: Nicht zurück in die Vergangenheit, keine neuen Atomträume, sondern vorwärts in eine erneuerbare, sichere und zahlbare Energiezukunft.

**Hannes Hänggi** (Die Mitte) erlaubt sich als ehemaliger ENSI-Mitarbeiter ein paar weitergehende Informationen zum Projekt und eine Einordnung gewisser Aussagen in den Antworten. Zur Unabhängigkeit des ENSI: Dort arbeiten rund 170 Personen aus allen wissenschaftlichen Disziplinen: Nuklearphysiker genauso wie Geologen oder Psychologinnen. Das ENSI ist eine unabhängige Behörde, bei der viel Wert darauf gelegt wird, sich nicht von der Industrie beeinflussen zu lassen. Durch viele interne Regelungen und Vorschriften ist sichergestellt, dass die Unabhängigkeit gewährleistet ist. Deshalb ist der Redner über das Wort «unabhängig» in Anführungs- und Schlusszeichen in der Interpellation gestolpert. Offenbar wird die Aufsichtsbehörde vom Interpel-

lanten nicht als unabhängig wahrgenommen – oder im Umkehrschluss, unabhängig ist nur, wer nichts von der Sache versteht. Ob diess der Sicherheit dient, ist sehr fraglich. Auch wer etwas von der Sache versteht, ist trotzdem unabhängig. In der Interpellation wurde auch die Empfehlung der IAEA, die Integrated Regulatory Review Service (IRRS) 2021, angesprochen. Die Recommendation besagt, dass Kernanlagen, die nicht Kernkraftwerke sind, auch in einer periodischen Sicherheitsprüfung unterzogen werden sollen. Als Reaktion gibt es nun auch eine Richtlinie, die diese periodische Sicherheitsüberprüfung für Kernanlagen regelt. Bei den IRRS-Missionen werden die Empfehlungen häufig so ausgesprochen, weil vielleicht auf Hinweise des ENSI oder des Beurteilten, entdeckt wurde, dass es Nachholbedarf gibt. Mit einer Recommendation der IRRS-Mission hat man auch mehr Möglichkeiten, Druck aufzubauen, zum einen bei den Betreibern, zum anderen vielleicht auch beim UVEK oder der Politik. Dies erfolgte entsprechend. Diese IRRS-Mission stellte dem ENSI grundsätzlich eine gute Note aus im Gesamtbild.

Zum geplanten kritischen Experiment am PSI: Aus der Antwort des Regierungsrats geht nicht deutlich hervor, dass es sich nicht um einen neuen Atomreaktor handelt, sondern um ein Experiment. Der Reaktor soll nur zu einem Bruchteil seiner möglichen Leistung betrieben werden und nur während einer kurzen Zeit. Es geht um wenige Hundert Kilowatt. Zum Vergleich: Ein Kernkraftwerk hat eine Leistung von 3 Mio. Kilowatt, und dies zieht ganz andere Sicherheitsauflagen nach sich. Nichtsdestotrotz ist auch bei der vorliegenden Anlage der Bewilligungsaufwand sehr gross und es wird nicht einfach so durchgewunken werden. Denn es gibt noch offene Fragen, weil es grundsätzlich ein neues Design ist, das hier getestet werden soll. Zum einen geht es um das Material- und Korrosionsverhalten – Flüssigsalz bei hohen Temperaturen, mit wenig Umgebungsdruck. Aber dennoch sind die Anforderungen an die Werkstoffe sehr hoch. Metall und Salz vertragen sich nicht gut, weshalb es eine entsprechende Legierung braucht, die das aushält. Das PSI ist keine schlechte Adresse, weil es über jahrzehntelange Erfahrung mit Hochtemperaturmaterialien. Die Forschung auf dem Gebiet liegt auch im Interesse der Schweiz.

Eine Frage betrifft die Handhabung und die Entsorgung des Salzes. Was mit den Spaltprodukten im Salz passiert, wird sogar die Kernfrage für das ENSI sein. Wie werden die Abfälle entsorgt, werden diese vom Betreiber Copenhagen Atomics zurückgenommen? Der Redner hat Zweifel, ob das so funktioniert. Aber es braucht ganz sicher ein Entsorgungskonzept – ohne dieses wird es keine Bewilligung geben. Ein Thema sind auch Haftung und Rücknahme, also wenn Copenhagen Atomics die Versuchsanlage zurücknehmen möchte, müssten Fragen zu Transport und Haftung geklärt werden. Weil der Transport durch Frankreich oder Deutschland nach Dänemark erfolgen müsste, braucht es entsprechende Staatsverträge. Auch der Transport müsste bewilligt werden. Es gibt sehr viele Vorschriften, die dies regeln; dies müsste angeschaut werden.

Um diese Fragen zu beurteilen, braucht es genügend Experten und die Schweiz hat diese. Es gibt eine kompetente Aufsichtsbehörde. Werden die Fragen nicht beantwortet, wird es auch keine kombinierte Bau- und Betriebsbewilligung geben.

Es trifft nicht ganz zu, dass die Prüfkosten für das Experiment, für das Testen der neuen Technologie, den Schweizer Behörden überwältigt werden. Zutreffender ist, dass sämtliche Prüfkosten, die beim ENSI, Bundesamt für Energie, kantonalen Behörden, Bundesamt für Umwelt etc. anfallen, dem Antragsteller in Rechnung gestellt werden.

Hört man das Wort «Atom», wird reflexartig auf § 115, den Atomschutzartikel der Kantonsverfassung, verwiesen. Dieser lautet: *«Der Kanton wirkt darauf hin, dass auf dem Kantonsgebiet oder in dessen Nachbarschaft keine Atomkraftwerke nach dem Prinzip der Kernspaltung, Aufbereitungsanlagen für Kernbrennstoff und Lagerstätten für mittel- und hochaktive Rückstände errichtet werden.»* Das ist eine relativ deutliche Aussage und das Experiment am PSI entspricht dieser Beschreibung nicht. Es handelt sich dabei weder um ein Atomkraftwerk, noch ein Lager oder eine Aufbereitungsstätte. Dass damit das Bauverbot für neue Kernkraftwerke unterlaufen werde, findet der Redner nicht zutreffend, weil im Kernenergiegesetz nur steht, dass keine neuen Rahmenbewil-

ligungen für Kernkraftwerke erteilt werden.

Die Forschung selber ist zum Glück nicht verboten worden und immer noch möglich. Der Atomschutzartikel stammt zudem aus den 70er-Jahren – im Hintergrund stand Kaiseraugst und die Standards bezüglich Sicherheit waren ganz anders, die Transparenz in der Kommunikation war eine andere und die internationale Vernetzung ebenfalls. Das ist mit der heutigen Situation nicht mehr zu vergleichen. Nicht politisches Misstrauen schützt, sondern ein wissenschaftlich regulatorisches robustes System und das System besteht. Anstatt reflexartig auf den Verfassungsartikel zu verweisen, sollte es auch im Interesse der Baselbieter Politik sein, dass in der Schweiz nach wie vor Forschung im Bereich der Sicherheit möglich ist und möglich bleibt. Umgekehrt darf aber von den Antragstellern, den Betreibern und dem PSI erwartet werden, dass vollständig und transparent über den Stand des Projekts informiert wird und das Projekt mit technischer Exzellenz ausgeführt wird.

**Thomas Eugster** (FDP) dankt dem Vorredner für die fundierte Einschätzung. Man sollte nicht Ideologien folgen, sondern Fakten betrachten und offen sein. Die Schweiz lobt ihre Bildungsindustrie und die Hochschulen, so die ETH als Top-Hochschule – Bildung sei das höchste Gut und die Forschung an den Hochschulen ist ausgezeichnet. Nun gefällt einem aus ideologischen Gründen die Richtung nicht und man möchte deshalb die Hochschulen beschränken. Nein, man muss technologieoffen sein, Forschung und Entwicklung betreiben und verschiedene Wege betrachten. Genau das tut das PSI als Ableger der ETH. Es gibt nicht nur eine Lösung, denn im Moment gibt es auch bei den erneuerbaren Energien Umsetzungsprobleme, so bezüglich Skalierung, Speicherung und der Rohstoffe. De facto weiss man eigentlich noch nicht, wie die Probleme bezüglich Dekarbonisierung längerfristig wirklich gelöst werden können. Es ist ein Trugschluss, zu meinen, es reiche, einfach Solarpanels zu installieren und ein paar Speicher zu bauen. So funktioniert es nicht, es ist viel komplizierter. Es stellt sich auch die Frage nach dem Preis und wie die Abhängigkeiten aussehen. *There is no lunch for free*. Der Forschung sollten keine Steine in den Weg gelegt werden. Das Ganze wird seriös und fundiert angegangen. Es ist deshalb durchaus auch sinnvoll, dass das PSI weiterforscht. Damit ist man auch in der Vergangenheit schon gut gefahren, ansonst gäbe es die heutige Medizin nicht. Der Redner möchte eine Lanze brechen für die Forschung, für die Schweizer Hochschulen und dass man diese arbeiten lässt.

://: Die Interpellation ist erledigt.

---